THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 3 | 2007

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Rauchverbot an Thüringer Schulen beraten

Erneut stand das Thema Rauchverbot an Schulen auf der Tagesordnung des Thüringer Landtags. Bereits im Juli des vergangenen Jahres wurde ein entsprechender Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes im Plenum beraten und anschließend federführend an den Bildungsausschuss überwiesen. Trotz einiger Änderungen an dem ursprünglichen Gesetzentwurf, vorwiegend formeller Art, sprach sich der Ausschuss in seiner Empfehlung klar für ein generelles Rauchverbot aus. Auch in der Aussprache im Plenum zeigte sich über die Fraktionsgrenzen hinweg eine breite Zustimmung zu dem Vorhaben „rauchfreie Schule".
Der CDU-Abgeordnete Michael Panse sprach sich klar gegen weitere Einschränkungen beim Nichtraucherschutz an Schulen aus. Die Vergangenheit hätte deutlich gezeigt, dass Freiwilligkeit hier nicht funktioniere. Es sei jetzt an der Zeit, eine gesetzliche Regelung zu treffen, die für alle verbindlich ist. Er verwies zur Begründung auch auf die Anhörung im Bildungsausschuss: „Immer mehr Jugendliche rauchen und sie fangen immer früher damit an. Experten plädieren hier für eine klare Lösung."
Auch für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion und Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Hans-Jürgen Döring, ist ein generelles Rauchverbot längst überfällig. Es biete eine klare Verhaltensorientierung, müsse aber mit einem umfassenden Maßnahmebündel und einem Präventionsprogramm an den Schulen kombiniert werden, um wirklich zum Erfolg führen zu können. In der anschließenden Abstimmung wurde die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses zur Neufassung des Gesetzentwurfs angenommen.



SPD-Bildungsexperte Hans-Jürgen Döring

Wettbewerb am Strommarkt

Medienberichte über mögliche Preismanipulationen an der Leipziger Strombörse haben auch den Thüringer Landtag beschäftigt. Auf Antrag der SPD-Fraktion berichtete Wirtschaftsminister Jürgen Reinholz über Möglichkeiten zur Schaffung von mehr Wettbewerb am Strommarkt. Reinholz sagte, das Problem sei das Oligopol auf dem Erzeugerstrommarkt, woran sich aber sobald nichts ändern werde. Erst ab Juli dieses Jahres rechne er mit sinkenden Preisen, da mit Ablauf der Strompreisregulierung die Kalkulation der Versorger transparenter würde und sie damit einen Anreiz zur Kostenreduzierung hätten. In der Aussprache plädierte Tilo Kummer, Linkspartei.PDS, für einen Umbau der Stromwirtschaft zur dezentralen Versorgung. Dr. Hartmut Schubert, SPD, forderte, den weiteren Ausbau des Stromoligopols zu verhindern und den Sachverhalt im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren.

Salzeintrag in Werra und Weser vermeiden

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um den Salzeintrag in Werra und Weser so weit wie möglich zu reduzieren. Hintergrund des Antrages ist die Absicht des Unternehmens K + S Kali GmbH, ihre Salzabwässer per Pipeline in die Werra zu leiten. Die CDU-Fraktion forderte stattdessen, den Bau einer zentralen Wasseraufbereitungsanlage oder einer Pipeline bis zur Nordsee zu prüfen. Der CDU-Abgeordnete Wieland Rose meinte dazu, man dürfe die bisherigen Umweltschutzerfolge nicht gefährden. Die Vertreter der Opposition begrüßten den CDU-Antrag. Dagmar Becker, SPD, meinte aber, eine Pipeline bis zur Nordsee könne nicht die Lösung sein. Auch Tilo Kummer, Linkspartei.PDS, bescheinigte dem CDU-Antrag gute Ansätze. Es ginge jetzt darum, gemeinsam gegen die Laugenleitung zu handeln.

Innenausschuss

Die Straßenausbaubeiträge waren Thema der Sitzung des Innenausschusses am 23. März. Nach einem Bericht der Landesregierung geht die Vorsitzende des Ausschusses, Evelin Groß (CDU), davon aus, dass die entsprechenden Gemeindesatzungen in den nächsten Monaten erarbeitet werden und zum Jahresende eine rechtskonforme Situation herrsche.

Gleichstellungsausschuss

Erneut wurde im Gleichstellungsausschuss über die Zukunft der Frauenhäuser, Interventionsstellen und Frauenzentren des Freistaates beraten. Die Ausschussvorsitzende Katja Wolf, Linkspartei.PDS, kritisierte, dass sich die Landesregierung aus ihrer Verantwortung zurückzöge. Der Ausschuss forderte einhellig ein Konzept für die Interventionsstellen ein.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

ich freue mich sehr, Ihnen die bereits dritte Ausgabe unseres newsletters präsentieren zu können. Die ausgesprochen positive Resonanz auf den neuen Landtagskurier zeigt, wie groß das Interesse an Informationen direkt aus dem Landtag ist.

Die Thüringer Landespolitik ist spannend, aber sicher auch manches Mal etwas komplex. Der jetzt monatlich erscheinende Landtagskurier greift deshalb die wichtigsten landespolitischen Themen gezielt auf und gibt eine erste Orientierung in der aktuellen Debatte. In dieser Ausgabe erfahren Sie den Stand der Diskussion um das Rauchverbot an Thüringer Schulen, die Möglichkeiten für mehr Wettbewerb am Strommarkt oder auch wie die Fraktionen zur geplanten Salzpipeline in die Werra stehen. Und wir informieren Sie über die neuesten Ausstellungen im Thüringer Landtag. Es gibt Neues aus dem Jugendkunstturm und eine Ausstellung der Thüringer Künstler Thomas Helmbold und Heiko Börner.

Natürlich kommen auch die Thüringer Landesbeauftragten mit Informationen aus erster Hand zu Wort. Ich denke für jeden ist etwas dabei in der aktuellen Ausgabe des Landtagskuriers. Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

Veranstaltungen

1000 Euro für Offene Arbeit

Das närrische Treiben zur Weiberfastnacht im Thüringer Landtag hat sich gelohnt - auch für die Offene Arbeit Erfurt.
Der Verkaufserlös von Getränken und Speisen sowie eine Spende des Landtagsvorstands bringen der sozialen Einrichtung einen Scheck von 1000 Euro. Die Offene Arbeit Erfurt ist eine Einrichtung des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt. Sie bietet neben Treffen und Veranstaltungen auch Kreativprojekte für alle Altersgruppen und Nationalitäten an.



Birgit Pelke, Dr. Birgit Klaubert und Prof. Dr. Dagmar Schipanski überreichen den Scheck an den Diakon Wolfgang Musigmann (v.l.n.r.)

Ausstellungen

Bilder, Zeichnungen und Skulpturen im Dialog

Glas, Stahl und Stein sind die Materialien, die das Landtagsgebäude vorwiegend kennzeichnen. Umso stärker fallen die derzeit dort ausgestellten Skulpturen ins Auge: rohes Holz, natürliche Oberflächen und reine Strukturen.
Der Bildhauer Heiko Börner präsentiert seine Arbeiten. Im Einklang mit den Bildern des Malers Thomas Helmbold füllen die Werke der beiden Künstler das Funktionsgebäude. Beide Künstler sind Thüringer. Thomas Helmbold wurde im Eichsfeld geboren, verließ die DDR in jungen Jahren und lebt heute in Hannover und Dachrieden. Heiko Börner hat seine Wurzeln nahe Arnstadt in Marlishausen und pendelt heute beruflich zwischen Berlin und Thüringen.
Aus einer eher zufälligen Begegnung der beiden Künstler im Schloss Bevern (Niedersachsen) vor einem Jahr wurde eine enge Zusammenarbeit.
Seitdem stellen beide auch zusammen aus. Die Bilder und Zeichnungen von Thomas Helmbold stehen in direktem Dialog mit den Skulpturen von Heiko Börner.
Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski eröffnete die Ausstellung gemeinsam mit dem Direktor der Kunsthalle Erfurt, Prof. Dr. Kai Uwe Schierz. Die Ausstellung ist zu sehen vom 29. März bis 11. Mai 2007, Montag bis Freitag, von 8 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei.



Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski gratuliert den Künstlern zur Ausstellungseröffnung

Kunstturm im Landtag

Halbzeit in der Legislaturperiode des Thüringer Landtags heißt auch Halbzeit für das Projekt Jugendkunstturm, das vor gut zwei Jahren ins Leben gerufen wurde. Seitdem dient das Verwaltungshochhaus des Landtags der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendkunstschulen in Thüringen als Podium für wechselnde Ausstellungen.
Mit der Kunstwerkstatt Rudolstadt stellt jetzt die sechste Jugendkunstschule im Parlament aus. Ergänzt wird die Ausstellung mit Arbeiten, die während des „Klangteppich“ - Projekts in Hohenfelden unter Regie der Textilgestalterin Ulrike Drasdo entstanden.
Birgit Pelke, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, eröffnete die Ausstellung gemeinsam mit der Leiterin der Kunstwerkstatt Rudolstadt, Johanna Fischer.
Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 30. Mai, Montag bis Freitag, von 8 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei.

CDU

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Pressestelle
Tel. 0361 - 377 22 06
Fax 0361 - 377 25 20
www.thl-cdu.de

Salzbelastung muss verringert werden

Die Salzbelastung von Werra und Weser muss verringert werden. Dafür setzt sich die CDU-Fraktion ein und erwartet von der Firma Kali + Salz Alternativen zur geplanten Salzpipeline. Eine Möglichkeit könne die Entsalzung der Abwässer sein. Auch der Bau einer Leitung in die Nordsee sollte überdacht werden. Aus der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze müssten langfristige Lösungen gefunden werden. Dabei sollten nach Meinung der CDU-Umweltpolitiker alle Mittel und Möglichkeiten der Forschung genutzt werden. Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion wird nun im Umweltausschuss beraten.

Seniorenkongress der CDU-Fraktion

Potenziale nutzen, Bürokratie abbauen und Ehrenamt fördern

„Aktiv in Thüringen“ - unter diesem Motto stand der Seniorenkongress der CDU-Landtagsfraktion am 31. März 2007 in Erfurt. Mehr als 160 Senioren und Mitglieder verschiedener Interessenvertretungen beteiligten sich an dem Workshop. „Die Seniorinnen und Senioren in Thüringen wollen Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und sich in allen Lebensbereichen engagieren“, resümierte der seniorenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Henry Worm. Die ältere Generation stelle ein gewaltiges Potenzial dar. Dies gelte es jetzt zu nutzen. Die Ehrenamtsförderung ist laut Worm ein wichtiger Baustein bei der Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben. „Ehrenamt soll sich auszahlen - auch finanziell. Deshalb begrüße ich das Engagement der Landesregierung, über den Bundesrat Steuerfreibeträge für Ehrenamtler durchzusetzen“, sagte der CDU-Abgeordnete.
Die Fraktion werde sich verstärkt dem Abbau von Bürokratie in der Pflege widmen. Auf Antrag der CDU wird sich der Sozialausschuss in einer öffentlichen Sitzung mit dem Forschungsprojekt „Optimierte Abbildung des Pflegeprozesses in Pflegepraxis und Pflegedokumentation“ der Fachhochschule Jena befassen. Worm kündigte ebenso an, den Gesetzentwurf über die Helferberufe in der Pflege noch 2007 verabschieden zu wollen. „Mit diesem Pflegehelfergesetz wird ein landesrechtlicher Rahmen für die Ausbildung von Pflegehelfern geschaffen. Das ist deshalb von großer Bedeutung, weil die professionelle Pflege zukünftig nicht von den Fachkräften allein bewältigt werden kann“, so Worm. Die CDU-Fraktion werde an den Kongress mit themenspezifischen Foren und Veranstaltungen anknüpfen .



Henry Worm im Gespräch mit Tagungsteilnehmerinnen.

Bezahlbare Wohnungen dringend nötig

Angesichts des Anstiegs der Mietpreise um drei bis fünf Prozent und insbesondere im Hinblick auf die steigenden Wohnkosten sowie den Mangel an kleinen „Hartz-IV-gerechten“ Wohnungen warnt die Wohnungspolitikerin der Linksfraktion, Heidrun Sedlacik, vor dem Verkauf von Wohnungen aus kommunalen Beständen. Mit Blick auf die soziale Verantwortung für die Bürger und auf die Entwicklung der Städte seien vollständige Verkäufe kommunaler Wohnungen unverantwortlich. „Renditeziele privater Investoren führen zur Verdrängung sozial schwacher Mieter. Wohnungen gehören jedoch zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht zu Spekulationsobjekten werden“, betont die Abgeordnete. Daher ist und bleibt der Erhalt und die Schaffung bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten in einem lebenswerten Wohnumfeld Anspruch der Linkspartei.PDS.

Niedriglohnland Thüringen nicht akzeptabel

Den Kampf des Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns kritisiert Ina Leukefeld, Sprecherin der Linkspartei.PDS für den Arbeitsmarkt (im Bild mit Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender). „Althaus ist mit seinen rückwärts gewandten Ansichten zu einem Standortrisiko für Thüringen geworden.“ Er treibe letztlich Menschen in die Perspektivlosigkeit und damit zur Abwanderung. Wer angesichts eines zunehmenden Fachkräftemangels in der Thüringer Industrie dem Niedriglohnsektor das Wort rede und geringe Bezahlung als vermeintlichen Vorteil anpreise, offenbare eine groteske Unkenntnis der Situation. Politik dürfe sich mit Lohndumping nicht abfinden. Jeder Beschäftigte habe das Recht auf angemessene Bezahlung. „Die extreme Zunahme von prekärer Beschäftigung und Ein-Euro-Jobs ist der perverse Ausdruck eines Wertverfalls“, sagt die Linksfraktionärin. Menschliche Arbeit gelte immer weniger. Ein Mindestlohn sei nötig, um dieser Abwärtsentwicklung einen Riegel vorzuschieben.



DIE LINKE.PDS

Die Linkspartei.PDS-Fraktion im Thüringer Landtag

Pressestelle
Tel. 0361 - 377 22 93
Fax 0361 - 377 23 21
www.linkspartei-pds-thl.de

Kitas sichern und ausbauen

Mehr Krippen- und Kita-Plätze und eine höhere Qualität der frühkindlichen Bildung fordert die Familienpolitikerin der Fraktion der Linkspartei.PDS, Margit Jung. Schließlich hätten Kinder das Recht, nicht nur aufbewahrt, sondern auch gefördert und in ihrer Entwicklung unterstützt zu werden. Trotz leerer Kassen versuchten die Kommunen, ein bedarfsgerechtes Betreuungs- und Bildungsangebot anzubieten. Mit dem Familienfördergesetz der Landesregierung seien aber die Stellen der Erzieherinnen in vielen Einrichtungen und gerade in Kinderkrippen so reduziert worden, dass für die Berücksichtigung individueller Besonderheiten und Talente immer weniger Zeit bleibe.

Landesregierung soll Jugendarbeit stärker unterstützen

Nach einer gemeinsamen Beratung der SPD-Fraktion mit den Thüringer Jugendverbänden - DGB Jugend, Jusos Thüringen, Landesjugendwerk der AWO, Naturfreundejugend, SJD-Die Falken - warnten die Jugendvertreter sowie SPD-Fachsprecherin Antje Ehrlich-Strathausen die Thüringer Landesregierung vor Einsparungen im Bereich Jugendarbeit: „Dem Doppelhaushalt 2008/2009 dürfen nicht weite Teile der Jugendarbeit geopfert werden.“
Die Ankündigung der Landesregierung, die so genannten freiwilligen Leistungen weiter einzuschränken, sei bedrohlich für die Jugendarbeit in Thüringen, hieß es. Schließlich belegten diverse Untersuchungen, dass bis zu 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen seien. Diese jungen Menschen seien beispielsweise auf nichtkommerzielle Freizeitangebote dringend angewiesen.
„Die Bürgergesellschaft - wie sie in Sonntagsreden von der CDU gepriesen wird - braucht Kinder und Jugendliche, die frühzeitig lernen, wie Demokratie funktioniert und welche Möglichkeiten der Beteiligung ihnen zu Verfügung stehen“, betonten die Vertreter der Jugendverbände sowie SPD-Jugendpolitikerin Ehrlich-Strathausen.
Die SPD-Fraktion sicherte den Verbänden bei ihrer wichtigen Aufgabe Unterstützung zu: Jugendarbeit müsse verlässlich gefördert werden, schließlich funktioniere eine aktive ehrenamtliche Struktur nicht völlig ohne Hauptamt.
Die Jugendvertreter sprachen sich zudem gegen eine Kürzung der Jugendpauschale aus, weil sonst das ohnehin ausgedünnte Angebot im Bereich Jugendarbeit akut gefährdet würde. „Gerade der ländliche Raum wird durch Jugendarbeit am Leben gehalten. Kürzungen in diesem Bereich zeugen von der Kurzsichtigkeit der Landesregierung“, kritisierte die Geschäftsführerin der Naturfreundejugend Thüringen (NFJ), Simone Rieth.
Barbara Lochner, Geschäftsführerin des AWO-Landesjugendwerks, betonte, außerschulische Jugendbildung, für jeden zugängliche Freizeitangebote, Jugendbetreuung und -beratung sowie Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche müssten den Status von Pflichtaufgaben erhalten. Schließlich sicherten sie Demokratie, Zivilgesellschaft und soziale Gemeinschaft.



Lebhaft war die Debatte, die Jugendvertreter verschiedener Verbände mit Abgeordneten der SPD-Fraktion führten.

SPD

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag

Pressestelle
Tel. 0361 - 377 23 65
Fax 0361 - 377 24 17
www.spd-thl.de

Die Landesbeauftragten

Bürgerbeauftragter des Freistaats Thüringen
Tel. 0361 - 377 1870
Fax 0361 - 377 1872
e-mail buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel. 0361 - 377 1951
Fax 0361 - 377 1952
e-mail tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel. 0361 - 377 1900
Fax 0361 - 377 1904
e-mail poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.datenschutz.thueringen.de

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-mail (im PDF-Datei Format) möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-mail: pressestelle@landtag.thueringen.de

oder rufen Sie uns an
Telefon 0361 37 72006



Der Bürgerbeauftragte

Bürger sprechen rege vor

Der geübten Praxis der Vorjahre folgend bieten die Mitarbeiter des Thüringer Bürgerbeauftragten auch in diesem Jahr auswärtige Bürgersprechstunden und Sprechtage am Dienstsitz in Erfurt an. Um Wartezeiten zu vermeiden, werden im Vorfeld telefonisch Termine vergeben.
Bei den im Februar abgehaltenen auswärtigen Bürgersprechstunden war die Resonanz der Bürger allerdings eher verhalten; im Landkreis Nordhausen wurden Mitte Februar fünf Bürgeranliegen und im Landkreis Hildburghausen am 27. Februar 2007 sechs Bürgeranliegen vorgetragen.
Die letzten durchgeführten Bürgersprechstunden im Eichsfeldkreis am 20. März 2007 und im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt am 3. April 2007 wurden hingegen mit 18 bzw. 15 vorgebrachten Bürgeranliegen rege in Anspruch genommen. So mussten sogar einige Bürger auf den schriftlichen Weg verwiesen werden, da Termine nicht mehr zur Verfügung standen.
Die zweimal im Monat angebotenen Sprechstunden am Dienstsitz in Erfurt waren mit durchschnittlich fünf bis sechs vorgetragenen Bürgeranliegen ebenfalls gut ausgelastet.

Im 1. Halbjahr dieses Jahres sind noch folgende auswärtige Bürgersprechstunden vorgesehen:
- am 24.04.2007 im Landratsamt Sonneberg
- am 08.05.2007 in der Stadtverwaltung Gera
- am 22.05.2007 in der Stadtverwaltung Eisenach
- am 05.06.2007 im Landratsamt Kyffhäuserkreis
- am 19.06.2007 im Landratsamt Schmalkalden - Meiningen

Daneben sind nachfolgende Sprechtage am Dienstsitz in Erfurt geplant:
- Donnerstag 26.04.2007
- Dienstag 15.05.2007
- Donnerstag 31.05.2007
- Dienstag 12.06.2007
- Dienstag 26.06.2007

Termine können unter der Telefon - Nr.: 0361/3771871 vereinbart werden. (hb)

Der Datenschutzbeauftragte

Datenschutz bei der Petitionsbearbeitung

Aktuell werden im Landtag Entwürfe einiger Fraktionen zur Änderung des Petitionsgesetzes und des Bürgerbeauftragtengesetzes diskutiert. Hierzu hat auch der TLfD Stellung genommen, da sich aus datenschutzrechtlicher Sicht resultierend aus der Kontrollpraxis des TLfD das Problem stellt, dass häufig bei der Bearbeitung von Petitionen zu vielen Stellen zu viele nicht erforderliche Informationen zugänglich gemacht werden. Durch normenklare Regelungen ist zu gewährleisten, dass sich die Übermittlung personenbezogener Daten zur Klärung von Sachverhalten auf das Maß beschränkt, welches hierfür zwingend erforderlich und verhältnismäßig ist.
In diesem Zusammenhang ist bei der Bearbeitung von Petitionen auch zu berücksichtigen, dass sich der Petent mit seinem Anliegen ausdrücklich und vertrauensvoll an den jeweils von ihm ausgewählten Adressaten wendet und bei dieser Gelegenheit dem Empfänger u. U. sehr sensible Daten offenbart. Daher sollte eine Weiterleitung ohne Beteiligung des Betroffenen nur dann erfolgen, wenn dies offensichtlich in seinem Interesse liegt und nach dem Inhalt der Petition keine erkennbaren Gründe entgegenstehen.
Es bedarf zudem auch einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten und Aufgaben zwischen dem Petitionsausschuss und dem Bürgerbeauftragten, da es sich hierbei aus datenschutzrechtlicher Sicht um zwei voneinander unabhängige, Daten verarbeitende Stellen handelt. Soweit nicht dem Bürger überlassen bleiben soll, an welche Person oder Stelle er sich mit seinem Problem wenden kann, ist es ein Gebot des Datenschutzes, alle möglichen beteiligten Stellen, insbesondere aber den Petenten selbst, über die Aufgabenabgrenzungen und Zuständigkeiten vorher umfassend zu informieren. Nur unter dieser Voraussetzung wird es einem Betroffenen möglich, eine freie Entscheidung zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten gemäß § 4 ThürDSG zu treffen.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Diskussion um Erfurter Brandt-Denkmal

Reisende werden sich wohl künftig beim Verlassen des Bahnhofs in der „Willi-Brandt-Stadt" wähnen.
Sind wir das? Trifft das nicht mehr für Berlin, Bonn zu oder für Kassel, wo zwei Monate später mit den „20 Kasseler Punkten" Umrisse eines Grundlagenvertrags entstanden? Politik wurde in Erfurt durchaus gemacht. Weniger im „Erfurter Hof" und mehr davor. Am 19. März 1970 strömten Zigtausende über den Bahnhofsvorplatz. Am Vormittag kam der Bundeskanzler nach Erfurt zum Gespräch mit dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willy Stoph. Über 800 Sicherheitskräfte versuchten, die Ströme zu kanalisieren und von dem roten Teppich fernzuhalten, um den sich die „gesellschaftlichen Kräfte" von der Bezirksparteischule geschart hatten. Gegen 9.30 Uhr gelang der „Durchbruch". *„Wir haben uns regelrecht durchgebissen"*, erzählte ein Zeitzeuge. *„Die Sicherheitsleute versuchten, in Ketten den Platz abzusperren. Wir bissen den Leuten in die Handgelenke, so dass sie losgelassen haben. Vorne am roten Teppich haben wir dann selbst für Ordnung gesorgt wie 1989, dass die Delegation frei durchlaufen konnte. Die Demonstranten waren disziplinierter als die ‚Ordnungskräfte'."* Als der Bundeskanzler durch die Menge schritt, wurde er begeistert begrüßt. Er verschwand im Erfurter Hof, aber die Menge blieb. *„Willy Brandt ans Fenster"*, ertönte es. Brandt trat ans Fenster, zögernd. Nun konnten ihn auch die sehen, die hinten standen. Er zeigte sich und mahnte durch eine Bewegung seiner Hände zur Zurückhaltung. Die Menge verstand seine schwierige Situation und verstummte. Da gab es eine Übereinstimmung der Werte und Ziele, die beide verband - die Menschen auf dem Platz und den Politiker aus dem freien Deutschland. Die Leute unten riskierten viel. Viele wurden später verhört und schikaniert. Aber sie waren es, die dem Treffen von Erfurt geschichtliche Bedeutung verliehen. Willy Brandt hat das gespürt: *„Ich war bewegt und ahnte, dass es ein Volk mit mir war."*
Wenn umstrittene Denkmale wirklich zum demokratischen Reden und Streiten anregen würden, sollten wir vielleicht auch vorschlagen, an den Dom-Severi-Turmspitzen den Ruf „Stasi Raus" anzubringen.

Herausgeber: Thüringer Landtag Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Jürgen-Fuchs-Str. 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.